

Einwohner:innen müssen demokratisch beteiligt werden!

Was im Bezirk Hamburg-Nord gilt, muss als Mindeststandard auch für Hamburg-Mitte gelten.

Seit mehr als 40 Jahren gibt es hier in St. Georg unter verschiedenen Bezeichnungen einen Stadtteilbeirat als Gremium der Bürger:innenbeteiligung. Mit 40 bis 90 Teilnehmer:innen war er immer gut besucht und hat sich aller St. Georg betreffenden Probleme angenommen, von Bauvorhaben über Drogenprobleme bis Busbeschleunigung. Oft mit Erfolg und oft auch zum Ärger von Verwaltung und Bezirkspolitik.

Im Januar sind im Hauptausschuss der Bezirksversammlung von der Deutschland-Koalition (SPD, CDU, FDP) mal eben die für das erste Halbjahr terminierten Sitzungen des Beirats gestrichen worden. Und die Lawaetz-Stiftung wurde beauftragt, ein neues Konzept für den Beirat zu erarbeiten. Ohne die bisherigen Beiratsmitglieder und Gäste zu beteiligen. Das rief, wen wundert's, erheblichen Protest im Stadtteil hervor, bis hin zu einer Stadtteilversammlung am 22. Februar mit über 120 Beteiligten.

Das hat immerhin bewirkt, dass am 5. April eine Veranstaltung mit ca. 80 Menschen zum Thema stattfand, die ausdrücklich keine Beiratssitzung sein sollte. Nach kurzer Rückschau unter auffälliger Zurückhaltung der Kritiker:innen wurden viele Karteikarten beschrieben und gesammelt. Mit ebenso vielen Vorschlägen für die künftige Beiratsarbeit. Offen blieb dabei, was daraus folgt.

Die Stadtteilgruppe der LINKEN hat den Beirat seit ihrer Gründung über 17 Jahre kritisch und konstruktiv begleitet. Und sich seiner Abschaffung, die immer mal wieder im Raume stand, entgegengestellt. Wir meinen, dass es sich um ein wirksames und sinnvolles Instrument demokratischer Beteiligung unterhalb der parlamentarischen Ebene handelt. Wir meinen, dass Stadtteilbeiräte Politikverdrossenheit entgegenwirken können, indem sie Planungsprozesse transparent machen und frühzeitige Einflussnahme ermöglichen. Demokratie lebt von Beteiligung möglichst aller! Im Bezirk Hamburg Nord wurde vor wenigen Wochen beschlossen, die dortigen Beiräte in Angelegenheiten der Straßen- und Grünplanung zu „Trägern öffentlicher Belange“ zu erklären, die auf jeden Fall im Planverfahren zu beteiligen sind: Das muss auch in Mitte drin sein!

Einwohner:innen müssen demokratisch beteiligt werden!

Was im Bezirk Hamburg-Nord gilt, muss als Mindeststandard auch für Hamburg-Mitte gelten.

Unsere Forderungen für den künftigen Stadtteilbeirat St. Georg:

- Wir fordern, den ursprünglichen Rhythmus von 10 (dann auch wieder „nur“ gut zweistündigen) Sitzungen pro Jahr wieder herzustellen. Natürlich begleitet von auskunftsfähigen Vertreter:innen der Bezirksverwaltung und mit professioneller Moderation.
- Wir fordern, dass die im und für den Stadtteil aktiven Vereine, Initiativen und Institutionen wie bisher im Beirat vertreten sind.
- Wir fordern, dass der Beirat wie bisher auch Themen aufgreifen kann, die über den engsten lokalen Tellerrand hinausreichen und sich mit Empfehlungen auch an andere Akteure als Bezirkspolitik und -verwaltung wenden kann.
- Wir fordern, dass der zuständige Ausschuss der Bezirksversammlung sich mit den Empfehlungen des Beirats inhaltlich auseinandersetzen muss. „Kenntnisnahme“ ist keine inhaltliche Auseinandersetzung.
- Wir fordern, dass die Beiräte im Haushalt der FHH mit einem festen Haushaltstitel versehen werden und dauerhaft eingerichtet bleiben. Bürger:innenbeteiligung muss auch jenseits von Sonntagsreden materiell abgesichert werden.

Natürlich wollen auch wir, dass möglichst alle Bevölkerungsgruppen, also z.B. auch mehr Migrant:innen und Jugendliche sich beteiligen. Das ist allerdings nicht mit einer Verkleinerung und thematischen Begrenzung des Beirats zu erreichen. Demokratie muss gelebt werden, nicht nur per Stimmzettel alle vier oder fünf Jahre!



Die Stadtteilgruppe trifft sich jeweils am 3. Mittwoch im Monat, 19 Uhr, im Stadtteilbüro, Hansaplatz 9.